

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 71. Ratssitzung vom 22. Juni 2011

### 1471. 2009/330

#### **Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 08.07.2009: Überwälzung von Kosten für Polizeieinsätze nach Verursacherprinzip**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Roger Bartholdi (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4443/2009):  
*Das Postulat will die Kosten für Polizeieinsätze individuell den Tätern anrechnen, sofern die Tat nachgewiesen werden kann. Es geht nicht darum, Polizeikosten abzuwälzen. Nicht zuletzt hat diese Vorgehensweise auch eine präventive Wirkung. Ich bitte Sie, das Postulat zu unterstützen.*

**Alecs Recher (AL)** begründet den am 26. August 2009 gestellten Ablehnungsantrag:  
*Das Postulat sollte textlich unbedingt nochmals überarbeitet werden. Es wird zum Beispiel nicht erwähnt, ob eine Person vorsätzlich gehandelt haben muss. Das ist ein Rechtsbruch. Begeht eine Person eine Straftat, kommt der Fall vor ein Strafgericht – ob die Person den Einsatz auch noch bezahlen muss, kann hier im Rat nicht entschieden werden. Massen funktionieren zudem anders als Einzelpersonen. Deshalb ist es in der Praxis beinahe unmöglich, die Kosten einer einzelnen Person zuzuordnen. Meist haben mehrere Personen eine Straftat begangen und der genaue Auslöser ist nicht ermittelbar. Polizei und Feuerwehr sind Teil unserer Verwaltung, hier liegt es aber nicht an uns zu entscheiden, ob bei einer Straftat die Kosten auf den Verursacher übertragen werden sollen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Michael Baumer (FDP):** *Die durch solche Polizeieinsätze entstehenden Kosten kann man nicht auf die Allgemeinheit abwälzen, nur weil – wie beispielsweise bei der 1. Mai-Demonstration – Einzelpersonen gegen die Regeln verstossen. Es ist daher durchaus angezeigt, das Verursacherprinzip anzuwenden. Wir werden das Postulat unterstützen.*

**Alecs Recher (AL):** *Ich stimme nicht mit Michael Baumer (FDP) überein, es ist unmöglich zu beurteilen, welche Kosten ein einzelnes Delikt an einer riesigen Demonstration verursacht.*

Das Postulat wird mit 59 gegen 52 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2 / 2

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat